

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg

Fernsprecher Nr. 27



Telegr.-Adr.: Zeitung

Abzügen werden die sechsgepaltene 8 mm hohe (Weiß-) Zeile oder deren Äquivalent mit 15 Pf. berechnet; auswärts 20 Pf. Bei Wiederholung entsprechenden Rabatt. Anzeigen werden pro Zeile 4 Pf. berechnet. Verbindlichkeit für Platz, Datumschrift und Beleglieferung ausgeschlossen. Annahmegerühr für Offerten und Anzeigen beträgt 15 Pf. Zeitungsbeilagen werden billig berechnet. Zahlungen an Postkonten Frankfurt am Main Nr. 2771

Erscheint wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend Nachmittags für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 2.50 RM. frei ins Haus, ein schließlich der Beilagen "Mein Garten", "Mein Haus und ihre Welt", "Der heitere Alltag", "Reise und Erholung", "Unterhaltungsbeilage". — Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1.20 RM. Im Falle höherer Gewalt wird kein Schadenersatz geleistet.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg

Nr. 32

Sonntag, den 13. März 1932.

25. Jahrgang.

Wahlrecht ist Wahlpflicht.

Teilnahme an der Neuwahl des Reichspräsidenten ist Dienst am Vaterland.

Jeder muß abstimmen.

Freiwillige Stimmabgabe erleichtert die Wahl.

— Berlin, 12. März.

Die wahlberechtigte Bevölkerung des Deutschen Reiches, d. h. jeder Mann und jede Frau, die am Wahltag das 21. Lebensjahr vollendet haben, hat am Sonntag, den 13. März, für weitere sieben Jahre das höchste Amt des deutschen Staatsweins zu vergeben. Teilnahme an der Präsidentschaftswahl ist für alle politische Pflicht. Wer der Urne fernbleibt, ohne durch ernste Krankheit verhindert zu sein, handelt damit Gleichgültigkeit gegenüber der deutschen Nation und ihrer Führung durch eine der größten Kräfte aller Zeiten.

Der amtliche Stimmzettel — andere gibt es nicht — hat folgendes Aussehen:

Reichspräsidentenwahl

Theodor Duesterberg Oberleutnant a. D., Guts- u. d. Guts.	☐
Paul von Hindenburg Kriegsstatthalter, Generalfeldmarschall, Preuss.	☐
Adolf Hitler Regierungsdirektor im Reichsausschuss für Wirtschaft, München	☐
Ernst Thälmann Transportarbeiter, Hamburg	☐
Adolf Gustav Winter Bauingenieur, Braunschweig	☐

42 Millionen Wahlberechtigte sind in den amtlichen Listen verzeichnet. Tausendweise klein ist der Kreis derer, die nicht wählen können. Wer daher seine Pflicht leicht erfüllen will, stimme frühzeitig ab und noch in den Vormittagsstunden.

Die Aufgabe des Wählers im Abstimmungsbüro besteht darin, daß er in der Wahlzelle auf dem ihm zuvor ausgehändigten Stimmzettel in dem Kreis hinter dem Namen seines Kandidaten ein Kreuz oder ein ähnliches Zeichen einträgt und dadurch seinen Willen kundmacht. Wer mehrere Kandidaten kennzeichnet, macht damit den Stimmzettel ungültig.

Gleichzeitiges Erscheinen der stimmberechtigten Familienmitglieder beschleunigt die Abstimmungshandlung. Die Mitnahme geeigneter Ausweisungspapiere ist empfehlenswert.

Die Aufgaben des Reichspräsidenten.

Ueber die Aufgaben des Präsidenten des Deutschen Reiches handelt der dritte Abschnitt der Verfassung, betitelt: "Der Reichspräsident und die Reichsregierung". Darin heißt es u. a.:

Artikel 45.

Der Reichspräsident vertritt das Reich völkerechtlich. Er schließt im Namen des Reiches Bündnisse und andere Verträge mit auswärtigen Mächten. Er beglaubigt und empfängt die Gesandten.

Kriegserklärung und Friedensschluß erfolgen durch Reichsgesetz.

Artikel 46.

Der Reichspräsident ernannt und entläßt die Reichsbeamten und die Offiziere, soweit nicht durch Gesetz etwas anderes bestimmt ist. Er kann das Ernennungs- und Entlassungsrecht durch andere Behörden ausüben lassen.

Artikel 47.

Der Reichspräsident hat den Oberbefehl über die gesamte Wehrmacht des Reichs.

Artikel 48.

Wenn ein Land die ihm nach der Reichsverfassung oder den Reichsgesetzen obliegenden Pflichten nicht erfüllt,

kann der Reichspräsident es dazu mit Hilfe der bewaffneten Macht anhalten.

Der Reichspräsident kann, wenn im Deutschen Reich die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet wird, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen treffen, erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten. Zu diesem Zweck darf er vorübergehend die in den Artikeln 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 festgesetzten Grundrechte ganz oder zum Teil außer Kraft setzen.

Von allen gemäß Art. 1 oder Art. 2 dieses Artikels getroffenen Maßnahmen hat der Reichspräsident unverzüglich dem Reichstag Kenntnis zu geben. Die Maßnahmen sind auf Verlangen des Reichstags außer Kraft zu setzen.

Artikel 49.

Der Reichspräsident übt für das Reich das Begnadigungsrecht aus.

Reichsammessen bedürfen eines Reichsgesetzes.

Artikel 50.

Alle Anordnungen und Verfügungen des Reichspräsidenten, auch solche aus dem Gebiete der Wehrmacht, bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung durch den Reichskanzler oder den zuständigen Reichsminister. Durch die Gegenzeichnung wird die Verantwortung übernommen.

Sicherung der Wahlfreiheit.

Erhöhte Alarmbereitschaft der Polizei.

Der preussische Innenminister ließ den Ober- und Regierungspräsidenten sowie dem Polizeipräsidenten von Berlin durch Polizeifunk folgende Anordnung zugehen:

„Ich erwarte zur Sicherung der Wahlfreiheit und Ordnung bei der Reichspräsidentenwahl von allen Polizei- und Landjägerbeamten vollen Einsatz ihrer Person. Für die Polizei wird weiter vom 12. März 1932 ab 12 Uhr durch diesen Funkpruch erhöhte Alarmbereitschaft angeordnet. Erleichterungen, Verlaubungen usw. sind verboten. Für die Landjäger wird Urlaubssperre vom 12. bis 15. März verhängt. Für die Polizei- und Landjägerstellen gilt gleichfalls ab 12. März 1932 ab 12 Uhr erhöhte Alarmbereitschaft.“

Weller, Leiter der Innenminister einen Rundfunk an die Polizeibehörden, in dem diese angewiesen werden, jede Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung schon im Keime zu ersticken. Jede Gewalttätigkeit sei unter Vermeidung aller, auch der härtesten Kampfmittel, von vornherein rücksichtslos zu unterdrücken.

Hindenburg-Appell

Rundfunkansprache an das deutsche Volk.

Reichspräsident von Hindenburg sprach zur Reichspräsidentenwahl im Rundfunk über alle deutschen Sender und führte dabei aus:

Deutsche Männer und Frauen!

Als vor sieben Jahren zum ersten Male die Frage an mich herantrat, mich für Deutschlands höchstes Amt zur Verfügung zu stellen, habe ich es absichtlich vermieden, in parteihaftig ausgelegenen Verlautungen zu reden und deshalb nur einmal im Rundfunk vor dem gesamten deutschen Volk gesprochen. Jetzt, wo mir zum zweiten Male die Präsidentschaft angetragen worden war, wollte ich mich im Wahlkampf vollkommen zurückhalten. Der Verlauf des Wahlkampfes zeigt, daß meine Zurückhaltung herauszutreten, um im Rundfunk zu meinem deutschen Volk zu sprechen.

Denn alle sollen es aus meinem Munde hören, warum ich die neue Kandidatur angenommen habe. Zugleich will ich auch durch diese Ansprache darlegen, daß ich nicht gewillt bin, die in der letzten Zeit über mich verbreiteten Unwahrheiten unwiderprochen zu lassen. Eine politische Programmrede will ich also nicht halten, weil ich es auch nicht für nötig halte. Mein Leben und meine Lebensarbeit lag ich Ihnen von meinem Streben und Wollen mehr, als Worte es tun können.

Die Gründe für die neue Kandidatur.

Wenn ich mich nach ernster Prüfung entschlossen habe, mich zu einer Wiederwahl zur Verfügung zu stellen, so habe ich es nur getan in dem Gefühl, damit eine vaterländische Pflicht zu erfüllen. Hätte ich mich verweigert, so bestünde die Gefahr, daß bei der starken Parteizersplitterung, insbesondere der Unzuträglichkeit der Parteien, im zweiten Wahlgang

entweder der Kandidat der radikalen Mächte oder ein solcher der radikalen Linken zum Präsidenten des Deutschen Reiches gewählt würde. Die Wahl eines Parteimannes, der Vertreter einer einseitigen und extremen politischen Anschauung sein und hierbei die Mehrheit des Deutschen Volkes gegen sich haben würde, hätte aber unser Vaterland in schwere, nicht absehbare Erschütterungen verlegt. Das zu verhindern, gebot mir meine Pflicht.

Ich war mir dabei wohl bewußt, daß diese meine Entscheidung von einem Teil meiner alten Wähler, darunter leider manchen alten Kameraden, mißverstanden und ich deshalb angefeindet werden würde. Aber ich will lieber verkannt und persönlich angegriffen werden, als daß ich lebenden Augen unser Volk, das so viel Schweres in den letzten anderthalb Jahrzehnten getragen hat, in neue innere Kämpfe geraten lasse. Um Deutschland hervor zu bewahren, um ihm eine Zeit der Ruhe zu geben, in der es die für unsere Zukunft so entscheidenden großen Fragen im Innern und nach außen lösen soll, würde ich mein Amt im Falle meiner Niederwahl weiterführen.

Gewisse politische Kreise haben meinen Entschluß, wieder zu kandidieren, anders gedeutet. Auch sind Unrichtigkeiten, wenn nicht gar bewusste Lügen über mich im Umlauf. Dagegen werde ich mich nun. Es ist behauptet worden, ich hätte meine Kandidatur aus den Händen der Linken oder einer Schwarz-Weiß-Koalition entgegengenommen. Das ist falsch.

Die Kandidatur ist mir aus allen Schichten und allen Kreisen des deutschen Volkes angetragen worden, sowohl von einem großen Teil meiner alten Wähler, als auch von solchen, die 1925 ihre Stimmen anderen Bewerbern gegeben haben.

Die ersten Erläuterungen an mich, wieder zu kandidieren, gingen von Gruppen der Rechten aus. Die dem Vorgehen schlossen sich andere Parteien und Verbände an. Ich selbst habe meine Zustimmung zu meiner Kandidatur erst dann gegeben, nachdem ich mich überzeugt hatte, daß unbeschadet der Parteizugehörigkeit im einzelnen — in ganz Deutschland weite Schichten den Wunsch haben, daß ich weiter in meinem Amte bleibe. Kandidat einer Partei oder einer Parteigruppe zu sein, hätte ich abgelehnt, ebenso wie ich Bedingungen und Verpflichtungen zurückgewiesen habe.

Aber aus überparteilicher Grundlage der Kandidat des deutschen Volkes zu sein und als solcher denen entgegenzutreten, die nur Kandidaten einer Partei sind, das hielt ich für meine vaterländische Pflicht. So werde ich, wenn ich nochmals gewählt werden sollte, nur Gott, meinem Gewissen und dem Vaterlande verpflichtet sein und als der Treuhänder des ganzen deutschen Volkes meines Amtes walten können.

Im Wahlkampf sind aus meiner bisherigen Amtsführung persönliche Angriffe gegen mich gerichtet worden. Ich greife die schwerwiegendsten heraus: das Urteil über das mir zugefügte Unrecht überlasse ich jedem einzelnen:

In erster Linie wird mir die Unterzeichnung des Youngplans vorgehalten, durch die ich mich in einen offenen Gegenlag zu der sogenannten nationalen Front gelegt hätte. Die Unterchrift ist mir wahrlich nicht leicht geworden, aber ich habe sie gegeben.

In der Ueberzeugung, daß auch diese Etappe notwendig war.

um zu unserer nationalen Freiheit zu gelangen und ich glaube, ich habe recht gehandelt. Das Rheinland ist frei, die fremden Aufsichtsbehörden sind verdrängt, der Youngplan mit seinen Voraussetzungen ist durch die tatsächliche Entwicklung bereits überholt. Ich glaube nicht, daß wir bei allen Schwierigkeiten der außenpolitischen Lage heute so weit wären, wenn ich damals dem Rat, nicht zu unterschreiben, gefolgt wäre.

Ein weiterer Vorwurf, der in der Agitation gegen mich eine Rolle spielt, ist der, daß ich

die Notverordnungen

unterzeichnet habe. Ich weiß wohl, daß ich durch ihren Erlass dem deutschen Volk schwere Lasten zugemutet und mich der persönlichen Kritik sehr ausgesetzt habe. Wir standen im letzten Sommer vor der Frage, ob wir durch politische Unterwerfung unter das Ausland uns finanzielle Erleichterungen erkaufen, oder durch eigene Kraft und schwere Opfer uns als Nation selbst behaupten wollten.

Ich habe nicht gezögert, mich für den letzteren Weg zu entscheiden. Da der eigentliche Geheißer, der Reichstag, versagte und nicht imstande war, auf dem normalen Wege der Gesetzgebung die erforderlichen Maßnahmen zur Befestigung unmittelbarer Gefahren für Wirtschaft, Staatsfinanzen und Währung zu treffen, mußte ich einspringen und im Rahmen der mir durch die Reichsverfassung gegebenen außerordentlichen Befugnisse selbst handeln.

Ich habe hierbei an den guten alten militärischen Grundsatz gedacht, daß ein Feindgefecht in der Wahl der Handlung nicht so schlimm ist, als das Unterlassen jeglicher Handlung.

Es ist durchaus begreiflich, daß über einzelne der getroffenen Maßnahmen Meinungsverschiedenheiten bestehen, und ich habe mich oft nur schwerem Herzen zu einzelnen dieser Maßnahmen entschließen können.

Ich selbst bin der Ansicht, daß manche der Maßnahmen die in schwerer, schwer übersehbarer Situation eilends getroffen werden mußten, verbesserungsfähig sind. Ich glaube auch nicht, daß all die Befehle, die sie enthalten, auf die Dauer aufrecht erhalten werden können. Im Gegenteil hoffe ich, daß manche Bestimmungen bald aufgehoben, oder durch andere Regelungen ersetzt werden können. Keiner der Kämpfer kann mit zumeistens das Motiv, helter Vaterlandsliebe und stärfsten Willens für Deutschlands Freiheit und Grundlage meines Volkes abgeben, und selbst die lauesten Kämpfer im Streit gegen das sogenannte „System“ werden zugeben müssen, daß ich bei diesen schweren Entscheidungen, frei von jeder Bindung, aus eigenster persönlicher Verantwortung gehandelt habe.

Noch stehen wir mitten im Kampf.

Die Entscheidungen auf dem Felde der Außenpolitik stehen noch bevor; wichtige Aufgaben im Innern, insbesondere die Einberufung der furchtbaren Arbeitslosigkeit, harren der Lösung. Das große Ziel können wir aber nur erreichen, wenn wir uns zu einer wahren Volksgemeinschaft zusammenschließen. Ich kann nicht glauben, daß Deutschland in innerem Hader und im Bürgerkrieg verfallen soll, wo es gilt, im Ringen um die Freiheit und Geltung der deutschen Nation zusammen zu stehen. Ich erinnere an den Geist von 1914 und an die Frontgefechte, die nach dem Mann anfragte, und nicht nach dem Stande oder der Partei. Wie einst im Kriege die Not des Vaterlandes alles Trennende aufhob und die Massen des Volkes — gleich, ob sie der Arbeiterklasse, dem Landvolk oder dem Bürgertum angehörten — in gleicher Weise hingebungsvoll ihre Pflicht getan haben, so gebe ich die Hoffnung nicht auf, daß Deutschland sich zu einer neuen Einigkeit im Gedanken an das Vaterland zusammenfindet.

Wer mich nicht wählen will, der unterlasse es. Ebenso werde ich aber niemanden zurückstoßen, der die Einheit des Deutschen Reiches in meiner Person finden will.

Die Verantwortung, die mich aushalten ließ im Kriege, bis ich das Heer in die Heimat zurückgeführt hatte, die Verantwortung, die mir als Reichspräsident alle die entscheidenden Entschlüsse abtrug, diese Verantwortung vor meinem Gewissen zwang mich, auch jetzt auszuhalten und dem deutschen Volk in Treue zu dienen.

Hierfür meine letzte Kraft herzugeben, habe ich mich erneut zur Verfügung gestellt. Das ist Sinn und Ziel meiner Kandidatur! Nach der Rede des Reichspräsidenten wurde das Deutschlandlied gespielt.

Kanzlerrede im Sportpalast.

— Berlin, 12. März.

Reichskanzler Brüning sprach in einer im Sportpalast veranstalteten Kundgebung zur Wiederwahl des Reichspräsidenten von Hindenburg über den nun zu Ende gehenden Wahlkampf und die Aufgabe des 13. März. Einleitend erinnerte der Reichskanzler an die vorausgegangenen Verhandlungen über die parlamentarische Verankerung der Amtszeit des Reichspräsidenten und erklärte dazu, diese Verhandlungen seien nicht ins Blinden hinein geführt, sondern von langer Hand vorbereitet worden. Es sei nicht zu verantworten, in diesem Augenblick das deutsche Volk in einen Kampf ohne Gleichen hineinzutreiben. In diesem Augenblick höchster außenpolitischer, wirtschaftlicher und finanzieller Schwierigkeiten hätte das deutsche Volk zu einer Einheit zusammengeschlossen werden und nach außen hin dokumentieren müssen, daß es in einer Schicksalsstunde größter Bedeutung sich in Treue zu einer großen historischen Persönlichkeit bekennt.

Reichskanzler Dr. Brüning kritisierte dann die Haltung der Reichsparteien in den Verhandlungen über die Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten und anschließend auch die Politik der Reichsparteien. Es sei unerhört, wenn man wage, die Dinge so darzustellen, als ob der Reichspräsident ein Parteikandidat geworden sei, als ob irgend etwas unverjagt gelassen worden wäre, um für den Reichspräsidenten eine Einheitsfront auf breiter Basis zu schaffen.

Die Notverordnungen seien eingegeben von den Staatsnotwendigkeiten. Reichspräsident von Hindenburg habe sie alle schweren Herzens unterschrieben. Das Ziel der Politik der Reichsregierung sei die Befreiung des deutschen Volkes von den schweren Lasten und die Erämpfung der Gleichberechtigung mit den anderen Völkern. Freiheit und Gleichberechtigung seien niemals auf angenehmem Wege zu erreichen.

Die deutsche Geschichte hätte eine andere Wendung genommen, wenn Reichspräsident von Hindenburg nicht erst 1916 Führer der geliebten deutschen Armee geworden wäre. Wenn gerade die herauswachsende Jugend gegen Hindenburg das Argument des zu hohen Alters geltend mache, dann sei das eine Entwürdigung der Autorität, die nicht nur in diesen Tagen ihre Folgen haben werde.

Zum Schluß forderte der Reichskanzler die Verlamung auf, die letzte Kraft und die letzte Energie einzulegen damit der 13. März für den Reichspräsidenten von Hindenburg zu einem entscheidenden Sieg werde, der auch für Deutschland ein entscheidender Sieg sei. Wörtlich erklärte der Kanzler dann: Hindenburg muß siegen, weil Deutschland siegen muß.

Die Rede des Reichskanzlers, die von der Versammlung mit starkem Beifall begleitet worden war, wurde auch im Rundfunk übertragen.

Kandidatur Duesterberg

Duesterberg in Stuttgart.

Der zweite Bundesführer des Stahlhelm, Oberstleutnant A. D. Duesterberg, sprach in Stuttgart vor etwa 4000 Menschen über seine Kandidatur für die Reichspräsidentenwahl. Der Redner erklärte, für ihn gebe es keinen Gegensatz zwischen Nord und Süd, keine Main-Unité, wie er auch keinerlei Unterschiebe der Konfession und Klasse anerkenne, sondern das große einigende Band darin sehe, daß wir alle als deutsche Christen in vaterländischer Arbeit uns zusammenfinden. Er lehnt auch jeden übertriebenen Zentralismus ab und trete für

eine gesunde Erhaltung der deutschen Stämme ein. Im Hinblick auf die große Bedeutung der Währungsreform in Deutschland sagte Duesterberg: Wir wollen keinen neuen Krieg, aber wir wollen einen neuen Frieden haben.

Weiterhin trat er für die Rettung der deutschen Landwirtschaft ein. Wir hätten die geringsten Geburtszahlen, aber die höchsten Selbstmordsziffern. Darum müßten wir heraus aus den Alptraum der Großstädte. Die Landwirtschaft sei die sicherste Wohnstätte der Industrie. Besondere Aufmerksamkeit widmete Duesterberg in seiner Rede der Sozialen Frage, die die entscheidende Frage für alle Staaten bleiben werde. Wer sie zuerst löse, der werde Sieger sein im Weltkampf. Es sei seine Pflicht, öffentlich auszusprechen, daß der deutsche Arbeiter vor dem Feind, gleichgültig welcher Partei oder Konfession er angehört habe, in hervorragender Weise seine Pflicht getan habe. Im Tod und Not habe er sich als deutscher Soldat bis zum letzten Atemzug geschlagen. Sozial sein heiße sozial handeln. Die deutsche Arbeiterklasse sei wohl auf dem Papier in die Herrschaft eingeleitet, doch habe sie die soziale Eingliederung noch nicht erreicht. Diese sei nur erreichbar durch eine neue Standwertung, durch Entprofessionalisierung. Im Stahlhelm befände sich eine Arbeiterbewegung mit einer grundtätig neuen Idee: statt Gemetzel, Wertgemeinschaft. Das Schicksal der deutschen Arbeiterklasse sei auf Geheiß und Verberb mit dem Schicksal des deutschen Staates verbunden.

Das Programm der NSDAP.

Am Donnerstag sprach der nationalsozialistische Führer Adolf Hitler in der Dortmunder Westfalenhalle. Die riesige Halle war schon lange vor Beginn der Kundgebung bis auf den letzten Platz besetzt. Parallelverhandlungen waren nicht genehmigt worden. Gegen 10 Uhr erschien Adolf Hitler, von der vielstimmigen Menge mit minutenlangen Heulrufen begrüßt. Die nationalsozialistische Bewegung habe die Jugend hinter sich, und in dem Kampf, der jetzt ausgetragen werde, werde die Jugend Deutschlands siegreich sein. Erst wenn das Volk in seinem innersten Kern wieder gefunden sei, könne auch die deutsche Wirtschaft sich wieder erholen. Nach dem 13. März werde man nicht über das nationalsozialistische Programm, sondern über das Programm und die Unterlassungen der derzeitigen Machtübernahme zu Gericht sitzen. Die NSDAP habe ein Recht darauf, Ankläger und Richter zu sein, weil sie schon seit Jahren Front gegen die Wirtschaft des herrschenden Systems gemacht habe. Die Entscheidung liege nicht im Ausgang der Wahl, sondern darin, ob es gelingen werde, das Gift des Internationalismus, der Demokratie und des Pazifismus aus Deutschland auszurotten. Das Programm der Nationalsozialisten bestehe darin, das deutsche Volk und damit das Deutsche Reich groß, stark und frei zu machen und die zerstörende Parteiherrschaft zu überwinden. Nach der Wahl, gleichgültig, wie sie aussehe, werde der Kampf um Deutschlands Freiheit mit aller Schärfe fortgesetzt werden.

Am Donnerstag kurz vor Mitternacht erschien Dr. Goebbels auf der Hamburger Wahlkundgebung der NSDAP. Dr. Goebbels führte u. a. aus, der drohende völlige Verfall Deutschlands könne nicht mit kleinteiligen Methoden aufgehalten werden, sondern in Deutschland müsse das Steuer radikal herumgeworfen werden. Junge Männer müßten das Schicksal des Reiches in die Hand nehmen. Das System habe das Volk in Klassen und Parteien auseinandergerissen. Es habe den Zusammenhang mit dem Volke verloren. Das Volk einige sich nicht, wenn man es im Rundfunk dazu auffordere. Erst sei es nötig, das Volk von den verwerflichen Parteiführern zu reinigen. Diese parlamentarischen Fragmente würden der Einigkeit im Wege, weil sie die Möglichkeit der deutschen Uneinigkeit seien. Darum gehe die NSDAP darauf aus, in Deutschland die Hegemonie an sich zu reißen.

Von der SPD zur NSDAP übergetreten.

— Dresden, 12. März.

Bürgermeister Dr. Bührer, der Finanzdirektor des Dresdner Rates, der kürzlich aus der Sozialdemokratischen Partei ausgetreten ist, hat seinen Eintritt in die NSDAP erklärt. In einer Erklärung führt Dr. Bührer aus, die angestrebten Maßnahmen zur Sanierung der Dresdner Finanzlage seien auf den hartnäckigen Widerstand der SPD gestoßen. — Dr. Bührer lebe im 50. Lebensjahr und war früher Bürgermeister in Pforzheim. Den Krieg hat er als Rittmeister der Reserve mitgemacht.

Tributstreichung und Zollunion.

Frowein eröffnet die Pariser Tagung der Internationalen Handelskammer.

— Paris, 12. März.

Unter dem Vorsitz des deutschen Industriellen Frowein trat in Paris der Verwaltungsrat der Internationalen Handelskammer zu einer Sitzung zusammen. Frowein wies einleitend die Angriffe auf das bürgerliche Wirtschaftssystem zurück, schilderte die Auswirkungen des Krieges und der europäischen Nachkriegspolitik auf die wirtschaftliche Entwicklung und führte dann zur Tribut- und Kriegsschuldentragung aus:

In der heutigen Wirtschaft sind Transferierungen von Kriegsschulden und Reparationen unmöglich, weil der Schuldner nicht zahlen und weil der Gläubiger Bezahlung in der Form von Waren nicht annehmen kann. Auch eine Verdrückung der Erledigung dieser Frage bis zur Wiederkehr der Prosperität ist nicht möglich, weil eben ohne Erledigung der Schuldenfrage die Prosperität nicht wiederkehren wird. Der Einwand, daß durch die völlige Streichung der interalliierten Schulden und Reparationen, die ich als das unentbehrliche Mittel für die Rettung der Weltwirtschaft ansehe, eine Ungleichheit zwischen denjenigen geschaffen würde, die diese Kriegsschulden und Reparationen zu zahlen hätten, ist nicht stichhaltig, denn ich glaube nicht daran, daß es einzelnen Ländern möglich sein wird, sich als Inhaber der Seligen in einer verfallenden Welt selbständig zu machen.

Gleichzeitig mit der völligen Beseitigung der interalliierten Schulden und Reparationen müssen die Völker die Wirtschaftsbedingungen wieder schaffen, die die Welt vor dem 1. August 1914 reich gemacht haben. Die Wirtschaft Europas wird nicht genesen, ohne daß in Europa ein großes einheitliches Wirtschaftsgebiet geschaffen wird. Zur Überwindung der unermesslichen Übergangsschwierigkeiten müssen die bestehenden Zölle und Kontingente nach und nach abgebaut werden.

Zum Schluß seiner Ausführungen forderte Frowein die Regierungen aller Länder auf, eine Politik der Abrüstung in einer Atmosphäre des Friedens zu betreiben.

Billiges Fleisch für Arbeitslose

Amlich wird mitgeteilt. Zur Fortführung der Billigkeitsmaßnahme für Arbeitslose und andere Hilfsbedürftige wird die Weiterführung der Aktion für die Billigkeitsmaßnahme beschlossen. Es wird ein weiterer Bezugschein für die Wochenabnahme ausgeben und damit die Zahl der Arbeitslosen, die sich an der Billigkeitsmaßnahme beteiligen, von 30.000 auf 40.000 erhöht. Der Bezugschein ist bis Ende April dieses Jahres gültig. Der Bezugschein ist unter dem Tagespreis liegt, ist damit ein weiterer Schritt zur Billigkeitsmaßnahme. Der Bezugschein ist bis Ende April dieses Jahres gültig. Der Bezugschein ist unter dem Tagespreis liegt, ist damit ein weiterer Schritt zur Billigkeitsmaßnahme.

Gegen Strom-Verbrauchssteuern

Noch keine Entscheidung im Lichtstreit.

— Berlin, 12. März.

Der vom Reichsstatistik und vom Berliner Rat selbständigen Mittelstandes eingelegte Aktionsausgangsweg zur Durchföhrung eines Lichtstreits lagte eine Entscheidung, in der es heißt:

Der Aktionsausgangsweg lehnt eine Verbrauchssteuer, die nur von den Mittel- und Kleinrenten eingelegt wird, ab. Die Begründung wäre nur dann vertretbar, wenn die Steuer zahlen müßten. Unter Berücksichtigung der nachfolgenden Woche bevorstehenden Entscheidung wegen der allgemeinen Bierpreissenkung wird die Lichtstreit mit der Entscheidung über den Bierpreis verbunden und bis Anfang nächster Woche vertagt.

Drohbriefe an Direktor von Stauß.

— Berlin, 12. März.

Der Direktor der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft, von Stauß, erhielt in letzter Zeit mehrfach Drohbriefe, in denen er und seine Familie mit dem Tode bedroht wurden. Als Schreiber der Briefe wurde sehr wohl der langjährige Beobachter des 33jährigen Arbeiters Weismann verhaftet. Weismann hat u. a. auch den Namen seines Arbeitgebers ausgetragt. Er hat sich seinen Feinden herangemacht, die aus ihren Wohnungen heraus zu kommen sollten, und hat diese aufgefordert, sich zu verabschieden. Die Polizei steht vorläufig noch auf dem Standpunkt, Weismann, dessen Forderungen überaus phantastisch waren, gefestigt ist.

Sonderausschuß eingesetzt.

Zusammentritt in der nächsten Woche.

— Genf, 12. März.

Die außerordentliche Vollversammlung des Völkerrates, die auf chinesischen Antrag einberufen worden war, stimmte einstimmig der vorliegenden Entscheidung zu, mit der die Regelung des japanisch-chinesischen Konflikts einem Sonderausschuß aus Vertretern von 19 Mächten übertragen wird. Im Anschluß daran wurde dann der Ausschuß einstimmig eingesetzt. — Der japanische Vertreter hatte sich bei der Abstimmung der Stimme enthalten.

Der Sonderausschuß wird in der nächsten Woche zusammentreten, um über die Einleitung der Waffenstillstandsverhandlungen und die Zurückziehung der Truppen zu verhandeln. Die Vollversammlung wurde vom Präsidenten mit dem Hinweis geschlossen, daß die Versammlung ihre erste Pflicht „erfüllt“ habe.

Schlußdienst.

Abgeordneter Kellner zur NSDAP übergetreten.

— Berlin, 12. März. Der Abgeordnete des Preussischen Landtages, Kellner, der bisher der Landvolkpartei angehört, hat seinen Übertritt zur NSDAP vollzogen und ist als Kandidat in die nationalsozialistische Fraktion des Preussischen Landtages aufgenommen worden.

Frowein zum Präsidenten der Internationalen Handelskammer ernannt.

— Paris, 12. März. Der Verwaltungsrat der Internationalen Handelskammer hat Franz von Wendelsch zum Ehrenpräsidenten und den Vorsitzenden der deutschen Gruppe, Abraham Frowein, zum Präsidenten der Kammer ernannt.

Reichswehrminister Groener stellt Strafantrag. Reichswehrminister Groener hat bei der Staatsanwaltschaft II in Berlin, Strafanzeige gegen den verantwortlichen Schriftleiter des „Tagebuch“, Ruri Reinhold, wegen Beschimpfung der Reichswehr erstattet.

Röhm erstattet Strafanzeige gegen Seevering und Grösel. Hauptmann A. D. Röhm von der NSDAP hat gegen den preussischen Innenminister Seevering und den Berliner Polizeipräsidenten Grösel Strafanzeige erstattet.

Dr. Brandes Ehren doktor der Hochschule Hohenheim. Die Landwirtschaftliche Hochschule in Hohenheim hat den Präsidenten des Deutschen Landwirtschaftsrates, Dr. Ernst Brandes, aus Anlaß seines 70. Geburtstages, zum Ehrendoktor ernannt.



Reichspräsident von Hindenburg bei seiner Junktur. Die Ansprache wurde auf alle deutschen Sender übertragen.

Die National-Sozialistische Deutsche Arbeiterpartei veranstaltet in Spangenberg und Umgegend letzte Kundgebungen zur Wahl **Adolf Hitlers**

Sonabend, 12. 3. 7 1/2 Uhr: Rechtsanwalt Scheele in Boderode.
8 1/2 Uhr: in Bischofferode.
8 Uhr: Pp. Zahnarzt Dr. Fischer-Sontra in Spangenberg
Grünen Baum.
Eintrittsgeld 25 Pfg. — Erwerbstoße 10 Pfg.

Hotel Heinz

Die Wahlergebnisse werden am Sonntag den 13. März durch Radio-Großlautsprecheranlage bekanntgegeben.
Vorher Schallplatten-Konzert.

Scheuertücher

das Stück
- 20 Pfg. -

Karl Bender.

Weißwein, Rotwein, Ananas,
Erdbeeren, Pfirsiche zur Bowlenbereitung
Citronen, Apfelsinen

H. Mohr.



**T. V. „FROHER“ MUT
SPANGENBERG**

Der am 10. April geplante

Geländelauf

des Vereins führt über folgende Straße:

Marktplatz — Burgstraße — Schnellröderstraße — Schöffenhöfe — Weg an der Esse aufwärts — steinerne Essebrücke — Weg am rechten Esseufer abwärts — Elbersdorf — Straße am Kreisgut — Schloßbergweg — Burgstraße — Marktplatz.

Die Strecke beträgt etwa 5 Km. Für Jugendturner wird sie entsprechend abgekürzt.

Der Oberturnwart.

**Ostereier, Hasen,
Brauns Eierfarben
offert**

H. Mohr.

Lampe Konserven

offert

H. Mohr.

Verreist

vom 16. 3. — 20. 3.

Dr. med. W. Elster

Facharzt f. Nervenkrankheiten
und Gemütsleiden.

Kassel, Ständepplatz 9 I.



Gesangverein

„Liebertafel“

Montag: alle Stimmen
Ratstetter.

Dienstag: 1. u. 2. Bass
Schule.

Mittwoch: 1. u. 2. Tenor
Schule.

Der Vorstand.

Grundbesitz

Wohn- Geschäftsh., Villa, Gasthof,
Schankwirtsch., Terrain, Kiesel,
etc. f. zahlr. Käufer sof. ges.

P. Melle, Bremen,

Gösselstr. 39

Mein Zigarrenlager

ist gut sortiert in feinsten

abgelagerten Qualitäten

Cuba Gold

15 Pfg.

„ 1812 „

15 Pfg.

Benders Höchstleistung

Fehlzeiten eine feine

Zigarre zu 10 Pfg.

Karl Bender, Spangenberg.

Nuß- u. Brennholzverkauf.

Der Preuß. Staatsoberförster Oberförsterei Spangenberg
verkauft am Dienstag, den 15. März 1932, von 9 Uhr ab
in der Gastwirtschaft Stöhr in Spangenberg aus allen Förstereien
Nuß- und Brennholz (auch Buchen- u. Fichten Reis)
nach Bedarf.

Ich empfehle zu billigen Preisen:

St. Martin Klosteracker

das Liter 90 Pfg. o. Gl.

Dürkheimer Feuerberg Rotwein
per Flasche 65 Pfg.

Deutscher Wermutwein „Albarino“
magenstärkend, appetitanregend, von unüber-
troffenem Wohlgeschmack
per Flasche 85 Pfg.

Karl Bender.

Mädchenberufsschule.

Montag: Kochen fällt aus.

Der theoretische Unterricht der Kl. A findet nicht am
Mittwoch, sondern am Freitag statt.

Der Unterricht der Kl. B wird vom Freitag auf
Mittwoch verlegt.

Der Schulleiter.

**Sichere
den Lohn
Deines Fleisses.**

schütze Deine Saaten vor Lager, Rost, Damp-
tierischen Schädlingen und Unkraut.



durch

**Kalidüngung und
Hederich-Kainit**

Nutzen Sie die Preissenkung und
die Sondervergünstigungen!

Zur Konfirmation:

Weizenmehle

von größter Backfähigkeit,

Sultaninen,

Rosinen,

Corinthen,

Mandeln süß und bitter,

Citronat,

Schokoladenstreusel,

Schokoladenüberzugsmasse,

Backoele,

Citronen u.

Bittermandel

Karl Bender, Spangenberg.

PANGENBERGER LICHTSPIELE

SONNTAG, DEN 13. MÄRZ

ABENDS PÜNKTLICH 8,15 UHR

Ein Abenteuererfilm

HARRY PIEL

Die

geheimnisvolle

Macht

in 5 Akten.

Freiheit in Fesseln

[Bewährungsfrist]

Schlager in 6 Akten.

Gute Musik + + + Geheizter Saal

Gegen den blutbefleckten Faschismus,

Gegen den wegen Hochverrats verurteilten Parteibuchbeamten Adolf Hitler

Für Hindenburg

Ueber dieses Thema spricht am

Sonabend, den 12. 3., abds. 8 Uhr im Lokal Stöhr

Reg.-Rat Kreuter / Kassel.

Republikaner, Männer und Frauen des schaffenden Volkes erscheint in Massen.

Eiserne Front Spangenberg.